

**Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918-1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer**

**Veranstalter:** Historische Kommission für die böhmischen Länder e.V.; Historisches Institut der Philosophischen Fakultät der T.G. Masaryk-Universität, Brno; Verein Maticе moravská, Brno

**Datum, Ort:** 01.10.2004–02.10.2004, Brno

**Bericht von:** Christiane Brenner, München

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik die Reorganisation der deutschen Ostforschung. Ihr erstes Zentrum fand diese in dem 1950 in Marburg gegründeten Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, ihr zentrales Organ in der dort ab 1952 erscheinenden „Zeitschrift für Ostforschung“. Unter dem Dach des Herder-Forschungsrates wurden auch die Historischen Kommissionen aus den ehemaligen ostdeutschen Siedlungsgebieten gegründet. Über Marburg erhielten sie, als gemeinnützige Vereine anerkannt, die finanziellen Mittel für ihre Tätigkeit.

Mit Wilhelm Weizsäcker, Bruno Schier, Eugen Lemberg, Josef Hanika, Hermann Aubin und Kurt Oberdorffer war unter den Gründungsmitgliedern des Herder-Forschungsrates auch eine Reihe sudetendeutscher Wissenschaftler. Sie beschlossen, von einer Wiedereinrichtung der deutsch-böhmischen historischen Vereine und Organisationen aus der Zeit vor 1945 abzusehen und an ihrer Stelle eine gemeinsame Historische Kommission zu schaffen. Am 30. April 1954 fand in Heidelberg die konstituierende Sitzung der „Historischen Kommission der Sudetenländer“ statt. In der ersten Satzung der Kommission bekannten sich die Gründungsmitglieder - Historiker, Germanisten, Volkskundler und Juristen - zur „Fortführung der einschlägigen Tätigkeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag, namentlich ihrer Historischen Kommission, sowie der Sudetendeutschen Anstalt für Landesgeschichte“ und zur „Übernahme von Aufgaben der deutschen Geschichtsver-

eine von Böhmen und Mähren-Schlesien“. Gesichert werden sollte damit sowohl die Kontinuität einer wissenschaftlichen Organisationsstruktur unter den neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen als auch ein geisteswissenschaftliches Milieu mit seinen spezifischen Denktraditionen und Arbeitsweisen. Kontinuität verkörperte die Gründergeneration auch durch die Biographien ihrer Mitglieder: Alle hatten sie ihren beruflichen Weg vor 1938 begonnen, für keinen von ihnen hatte die nationalsozialistische Herrschaft auch nur einen Karriereknick bedeutet. Als tiefe biographische Zäsur erlebten sie jedoch das Kriegsende, das Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung sowie Karriereunterbrechungen durch negative Entnazifizierungsbescheide mit sich brachte.

2004 jährte sich diese Gründung zum 50. Mal. Die „Historische Kommission der Sudetenländer“, die sich vor vier Jahren in „Historische Kommission für die böhmischen Länder“ umbenannt hatte, nahm diesen Jahrestag zum Anlass einer Tagung über ihre eigene Vorgeschichte, die sie in Kooperation mit dem Historický ústav Filosofické fakulty Masarykovy univerzity Brno (Historisches Institut der Philosophischen Fakultät der Masaryk-Universität Brunn) und der Maticе moravská v Brne (Mährischer Kulturverein in Brunn) vorbereitet hat und im mährischen Brno abhielt.

Leitende Fragestellung der Tagung war - so der Call for Papers - eine „kritische Bewertung der Kontinuitäten und Brüche der sudetendeutschen Geschichtsschreibung und ihrer Vertreter im 20. Jahrhundert“. Dafür wurde ein primär biographischer Zugang gewählt, über den das „wissenschaftliche und politisch-weltanschauliche Profil“ der Gründungsmitglieder der Kommission rekonstruiert werden sollte. Nachgehen wollte man einerseits der Verbindung insbesondere der Volks- und Kulturbodenforschung mit dem „Volkstumskampf“ in der CSR und ihrer Funktion für die NS-Politik im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren. Andererseits war es das Ziel der Veranstalter, diese Linie sudetendeutscher Wissenschaftsentwicklung im Kontext der deutschen Ostforschung und ihrer Kontinuitäten wie Brüche nach 1945 zu diskutieren.

---

Vor allem von ausgebliebenen Brüchen war in dem einführenden Vortrag von Stephan Dolezel (Göttingen) über die Anfänge der „Historischen Kommission der Sudetenländer“ die Rede. Stellvertretend für die Gründergeneration stellte Dolezel die beiden ersten Obmänner der Kommission - Rudolf Schreiber (1954) und Kurt Oberdorffer (1955-1965/68) - vor: Beide waren Archivare und während des Zweiten Weltkrieges Schriftleiter der „Zeitschrift für Sudetendeutsche Geschichte“ gewesen; beide Mitglieder der NSDAP, Oberdorffer als Obergruppenführer der SS. Schreiber war schließlich in der Reinhard Heydrich-Stiftung in leitender Position tätig gewesen und hatte dort dem rassenpolitischen Arbeitskreis angehört. War er in der NS-Zeit mit nationalsozialistischen Deutungen des ‚Volkstumskampfes im Sudetenland‘ hervorgetreten, hielt sich die Kommission unter seiner Leitung nach dem Krieg politisch wie bei der Gestaltung ihres Arbeits- und Publikationsprogrammes bewusst zurück. Dolezel charakterisierte dieses Programm als eine Mischung aus soliden Archivrecherchen und traditioneller sudetendeutscher Rechtfertigungsliteratur. Fragen der Quellenbeschaffung standen an erster Stelle. Themen der jüngsten Vergangenheit wurden grundsätzlich umgangen: Kein einziges der Projekte der Kommission setzte sich mit der Geschichte des Reichsgaus oder des Protektorats auseinander. Dass die Rolle des eigenen Fachs in dieser Zeit nicht reflektiert wurde, kann kaum erstaunen. Schließlich wurde auch Oberdorffers exponierte Stellung während des Dritten Reichs - eine allgemein bekannte Tatsache - nicht thematisiert oder gar als hinderlich für seine Wahl zum Obmann empfunden. Diejenigen, die sich mit dem ‚Großdeutschen Reich‘ arrangiert hatten - so Dolezel - arrangierten sich nun mit der Adenauer-Republik. In Bezug auf ihre wissenschaftliche Tätigkeit erschien ihnen das Jahr 1945 nicht als Zäsur, weil sie dem eigenen Selbstverständnis nach stets objektive Forschung betrieben hatten, „der Nationalsozialismus eigentlich nie stattgefunden hatte“.

Im zweiten Beitrag ging Zdenka Stoklasková (Brno) mit ihren Ausführungen über Berthold Bretholz in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts zurück. Sie sah die Gründe für das

Scheitern von Bretholz' beruflichen Ambitionen auf mehreren Ebenen: Bretholz habe sich als Modernisierer des Mährischen Landesarchivs viele Gegner gemacht; seine „Kontinuitätstheorie“ - also die These, die Deutschen in den böhmischen Ländern hätten als Nachfahren der Markomannen und Quaden schon vor den Slawen in diesem Raum gesiedelt - brachte ihn auch wissenschaftlich ins Abseits. Seine jüdische Herkunft verhinderte schließlich die ersehnte Berufung an die Prager Universität. Da er, der 1933 geklagt hatte, sein Deutschland sei ihm verloren gegangen, dem Nationalsozialismus als ‚Nichtarier?‘ galt, konnte seine Kontinuitätstheorie nur indirekt rezipiert werden, obgleich sie durchaus Anschlussstellen für eine nationalsozialistische Geschichtsdeutung bot.

Mit Theodor Mayer, über dessen Bedeutung für die Mediävistik der Zwischenkriegszeit Reto Heinzl (Zürich) sprach, stand dann wieder ein Vertreter der Generation zur Diskussion, der Vor- und Nachkriegszeit verbindet. Als Leiter des „Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte“ galt Theodor Mayer als Pionier der Entwicklung interdisziplinärer wissenschaftlicher Teamarbeit. Heinzl zeigte, dass Mayer bei der Schaffung wissenschaftlicher Arbeitszusammenhänge nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Erfahrungen zurückgreifen konnte, die er seit den 1920er Jahren im Kontext der Forschung zum Grenzlanddeutschtum gesammelt hatte. In Gestalt der Leipziger „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ (ab 1926), später der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft, die Mayer ab 1934 leitete, waren fächerübergreifende, in sich geschlossene Denkkollektive entstanden, die durch eine gemeinsame Überzeugung und ein gemeinsames Ziel verbunden waren. Außerwissenschaftliche Faktoren spielten bei der Neuformulierung eines integrierten Volks- und Reichsverständnisses seit den 1920er Jahren eine wichtige Rolle, dieses konnte dann nahtlos mit der NS-Ideologie verbunden werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg - dessen Ende eine vorübergehende Unterbrechung von Mayers Karriere bedeutete - änderten sich die Inhalte: Nun ging es Mayer und den Wissenschaftlern, die er um sich versammelte, um die Schaffung eines „krisenfesten“ (also durch politische Umbrüche

unangreifbaren) neuen Mittelalterbildes. Wissenschaftsorganisatorisch knüpfte er - auch in der Betonung einer corporate identity geschlossener Denkkreise - an Muster aus der Zeit vor 1945 an. Heinzel mahnte an, diese organisatorische Leistung nicht abgetrennt von den Zielen der verschiedenen Arbeitszusammenhänge zu betrachten, denen Mayer während seiner wissenschaftlichen Laufbahn angehörte. Die Frage, ob eine separate Beurteilung von Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Methoden überhaupt möglich sei, verneinte Heinzel im Falle Theodor Mayers.

Über die „sudetendeutsche Kirchengeschichte“ - ein Begriff, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde - sprach anschließend Miroslav Kunštát (Prag). Auch er baute seine Darstellung der Entwicklung der Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Prager Deutschen Universität entlang ihrer wichtigsten Protagonisten, Karl Hilgenreiner, August Naegle und Eduard Winter, auf. Kunštát beschrieb die deutsche Kirchengeschichtsschreibung in der CSR als ein Phänomen von ausschließlich regionaler Bedeutung, dem auch eine explizit sudetendeutsche Färbung noch weitgehend gefehlt habe. Da Kunštát sich auf die Universität beschränkte, konnte er für die Zeit nach 1945 auch kaum eine Kontinuitätslinie aufzeigen - schließlich ging Winter, der erneut zur Führungsfigur hätte werden können - in die SBZ/DDR. Kontinuitäten und Brüche müsste man auf diesem Feld wahrscheinlich durch einen breiteren Zugang in den Blick nehmen, der das gesamte sudetendeutsche katholische Milieu und seine Institutionen einbeziehe.

Mit dem Beitrag von Ota Konrád (Prag) über die „Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“, die 1940 in Reichenberg (Liberec) als Nachfolgeinstitution der 1938 aufgelösten „Anstalt für Sudetendeutsche Heimatforschung“ gegründet wurde, wurde eine zentrale sudetendeutsche Forschungseinrichtung vorgestellt. Konrád ging es vor allem darum, die Vernetzungen der „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ zu zeigen, die über ihre Mitglieder wie Tätigkeitsbereiche sowohl mit dem Verwaltungsapparat des Reichsgaus Sudetenland als auch mit der Prager Universität und vor allem der Reinhard

Heydrich-Stiftung eng verbunden war. Sie kooperierte aber z. B. auch mit der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft und war über ihre „ausländischen“ Mitglieder - unter ihnen Hermann Aubin, Theodor Mayer und Wilhelm Pleyer - auch mit reichsdeutschen Institutionen verbunden. Das führte Konrád zu dem Schluss, dass die „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ zwar dem Namen nach eine sudetendeutsche Einrichtung gewesen sei, durch ihre Verbindungen wie durch ihre Arbeitsfelder - die die Planung von Maßnahmen zur Eindeutschung fremdstämmiger Bevölkerungsgruppen ebenso umfassten wie den Verwaltungsaufbau im besetzten Osteuropa (vor allem „Osteinsatz“ in der Slowakei) - aber ein integraler Bestandteil der deutschen Forschung im nationalsozialistischen System gewesen sei.

In der anschließenden Diskussion wies Robert Luft (München) auf die Schwierigkeiten hin, die Übergänge zwischen den verschiedenen Ebenen sudetendeutscher Volkswissenschaften zu verorten: von der traditionellen, antitschechischen, die im Rahmen bestehender Staatswesen argumentierte, über eine alldeutsch-völkische mit antislawischer Ausrichtung bis hin zu der imperialen Variante, die das Ziel eines deutschen Großreiches verfolgte. Volker Zimmermann (Düsseldorf) stellte die Vermutung an, dass die „Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ als Behörde des Reichsgaus eigentlich an der Wahrung und Sicherung eigenständiger sudetendeutscher Positionen interessiert gewesen sein müsste, und fragte, ob sich daraus Konflikte mit der Heydrich-Stiftung ergeben hätten, deren Arbeit auf das Gesamtreich gerichtet war. Konrád führte aus, dass die Mitglieder der „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ und der Heydrich-Stiftung weitgehend identisch waren - daher sei die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen auf die gleichen Ziele gerichtet und weitgehend spannungsfrei gewesen. Die Konfliktlinie zwischen reichs- und sudetendeutschen Interessen sei innerhalb der Reichenberger Anstalt vergelaufen.

Eine lebhafte Diskussion folgte dann dem Vortrag von Thomas Krzenck (Leipzig) über Wilhelm Weizsäcker „zwischen Schuld und Verstrickung“. Krzenck charakterisierte Weiz-

---

säcker als einen Wissenschaftler, der die Grenze vom Mitläufer zum aktiven Nationalsozialisten - ähnlich wie Heinz Zatschek und andere - freiwillig überschritten und einen nennenswerten Beitrag zur Gleichschaltung in Forschung und Lehre geleistet habe. In den 1950er Jahren erhielt er in Heidelberg wieder eine Professur und war Mitglied zahlreicher einschlägiger Organisationen - vom Adalbert Stifter Verein über den Herder-Forschungsrat bis zum Collegium Carolinum.

Widerspruch rief bereits der Begriff der „Verstrickung“ hervor, der vielen Diskutanten als deutlich zu passiv erschien. Detlef Brandes (Düsseldorf) plädierte dafür, in Fällen wie dem Wezsäckers von „beamteten Opportunisten“ zu sprechen, die eine viel größere Anpassungsleistung erbrachten, als ihnen das Regime jemals abverlangt habe. Karel Hruza (Wien) ergänzte Krzencks Referat um eine ganze Reihe von biographischen Details, die Wezsäcker im privaten wie öffentlichen Leben als aktiv am NS-System beteiligt und von diesem profitierend zeigten. Wezsäcker habe seine Handlungsspielräume voll ausgeschöpft und dabei durchaus nicht nur als Jurist agiert und argumentiert - so etwa als er 1936 rassenhygienische Maßnahmen ausdrücklich und mit völkischen Argumenten begrüßte. Vorsichtig - so Hruza - müsse man auch mit dem beliebten Diktum von der „soliden Forschung“ sein: Erstens seien auch Quelleneditionen nicht notwendigerweise neutral, zweitens seien die Nachkriegsarbeiten Wezsäckers stark von der Terminologie der Vorkriegszeit geprägt. Joachim Bahlcke (Stuttgart) verwahrte sich gegen ein Zuviel an biographischer Forschung sowie dagegen, wissenschaftliche Werke durch die Brille des Biographischen zu sehen. Vielmehr solle man sich auf die Werke selbst konzentrieren. Nur so könne man herausfinden, welche Arbeiten Bestand - auch in Hinblick auf die Arbeit der Kommission für die böhmischen Länder - hätten.

Doch auch - und gerade - im Referat und der folgenden Debatte um Eduard Winter und seinen Prager Kreis, den Jiri Nemeč (Brno) vorstellte, erwies sich das Biographische als zentral. Nemeč schilderte Winter als äußerst widersprüchliche Figur: Als führender Protagonist der Bewegung für die Erneuerung

des Katholizismus war er im Hochschulbund „Staffelstein“ aktiv und schrieb für Periodika wie „Stimme der Jugend“ und „Volk und Glaube“. Religiös geprägt sei auch seine Auffassung der Geschichte von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern gewesen. Dabei waren ihm - der von der Soziologie über die „sudetendeutsche Sendung“ zum Geschichtsstudium gekommen war - die Interessen des Deutschtums absolut prioritär. Seiner Überzeugung nach konnte diese seine Rolle als ‚Kulturträger?‘ in Ostmitteleuropa nur dann erfüllen, wenn es seine innere Stärke wiederentdeckte und in Einheit handelte. Andererseits sah es Winter, der in diesem Punkt stark von Bernhard Bolzano beeinflusst war, als Aufgabe der Sudetendeutschen an, mit den Tschechen in gedeihlicher Art und Weise zusammenzuleben. Als einen dritten Strang, der sich durch das Leben Winters zog, bezeichnete Nemeč Winters Entschlossenheit zur Karriere: Nach der Lösung des Priesters Winter von der Kirche begann dieser im Reichsgau Sudetenland eine aussichtsreiche Laufbahn, die ihn im Rahmen „kriegswichtiger Arbeiten“ 1944/45 bis in die Ukraine führten. Als sich nach Kriegsende abzeichnete, dass er weder in Österreich noch in Westdeutschland eine Professur erhalten würde, nahm er das Angebot an, in die SBZ/DDR zu gehen, wo er seine beruflichen Pläne verwirklichen konnte. Das wurde ihm von vielen ehemaligen Staffelsteinern als „Verrat“ ausgelegt.

Mit Wilhelm Wostry stand dann wieder ein Vertreter der älteren Generation zur Diskussion, dessen Schüler als Angehörige der Gründungsgeneration der Kommission und des Collegium Carolinum die Brücke zur Nachkriegszeit bildeten. Nina Lohmann (Prag, Düsseldorf) bezeichnete Wostry, der in den 1920er Jahren zum Professor für tschechoslowakische Geschichte an der Deutschen Universität in Prag berufen und zum Obmann des Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen gewählt wurde, als einflussreichsten Ordinarius der 1930er Jahre. Wostry schrieb und förderte Arbeiten zur böhmischen Landesgeschichte - wobei er durchaus interdisziplinär dachte - und sah es dabei als wichtigste Aufgabe an, die Leistung der Deutschen herauszuarbeiten. Den paradigmatischen

schen Wandel zu einer sudetendeutschen, - schon bald völkisch argumentierenden - Geschichtsschreibung vollzog er 1938/39 bereitwillig mit.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die von Lohmann selbst aufgeworfene Frage, wie es sich erklären lasse, dass Wostry, der bis 1938 als „Tschechenfreund“ galt, mit einem Mal entgegengesetzte Positionen vertrat, und was seine Bemühungen um eine vorzeitige Pensionierung im Jahr 1941 motiviert hatte. Wostrys sinkender Einfluss sei keineswegs auf eine ideologische Distanz zum Regime zurückzuführen gewesen - eher auf einen Generationswechsel innerhalb des Faches und auf persönliche Konflikte. Rudolf Jaworskis (Kiel) Vermutung, Wostry habe der Reichsverwaltung nicht als Verbindung ‚zu den Tschechen? dienen wollen und daher den Rückzug gesucht, widersprach Detlef Brandes. Brandes zufolge waren es Richtungskämpfe und Cliquenkonkurrenz innerhalb der Führung des Reichsgaus, die dazu führten, dass einzelne Personen ausgeschaltet wurden (die ihre Zurücksetzung ex post als Konflikt mit dem Regime darstellen konnten); wegen Personal-mangels allerdings in bescheidenem Umfang. So konstatierte Lohmann auch abschließend, dass gerade Wostry als Integrationsfigur und angesehener Wissenschaftler für die neuen Herrschenden unverzichtbar gewesen sei.

Der folgende Beitrag von Mirek Nemeš (Ústí nad Labem/Aussig) über „Anton Altrichter und Emil Lehmann. Zwei sudetendeutsche Erzieher“ warf die Frage nach dem möglichen Einfluss historischer Brüche auf persönliche Biographien wie das wissenschaftliche Arbeiten auf. Lehmann wie Altrichter erlebten ihr „Heldenzeitalter“ in der Ersten Republik, Lehmann als erster Verfechter der „Deutschkunde“, von der es nur ein kleiner Schritt zur Volkskunde war, Altrichter als Heimatforscher zur Iglauer Sprachinsel. Beide sahen die Gründung der CSR als Bedrohung für die Deutschen an. Doch während Lehmann diesen Staat bekämpfte, war Altrichter ein Anhänger des Aktivismus und betätigte sich primär als Autor von Schulbüchern - die 1939, weil sie nicht im Stile des Volkstumskampfes verfasst waren, - umgehend verboten wurden. Indessen war es Altrichter, dessen berufliche Laufbahn sich posi-

tiv weiterentwickelte, während Lehmann im NS nicht die erhoffte Karriere machte. Robert Luft gab zu bedenken, dass nicht die Frage, wie sich jemand in der Ersten Republik verhalten hatte, sondern wie er sich 1938/39 zu den Rechten von Individuen und Gruppen oder zum Führerprinzip stellte, für dessen Verortung im Kontext des Nationalsozialismus entscheidend sei. Die Debatte konzentrierte sich dann auf die von Jaworski aufgeworfene Frage, welches Fach im Nationalsozialismus Leit- bzw. Trendwissenschaft gewesen sei und welche Einflüsse etwa von geographischen oder anthropologischen Arbeiten auf die Geschichtswissenschaft ausgegangen seien.

Eben mit diesem Fragenkomplex setzte sich Martin Zückert (München) in seinem Vortrag über die „Volkskunde als Nachbardisziplin der sudetendeutschen Geschichtsschreibung“ auseinander. Zückert skizzierte die Entwicklung der sudetendeutschen Volkskunde in der Tschechoslowakei, die in enger Verbindung mit der reichsdeutschen entstand, aber aufgrund des sudetendeutschen Selbstverständnisses nach 1918, ein bedrohter Vorposten des Deutschtums zu sein, spezifische Forschungsinteressen entwickelte und besonders stark zu modernekritischen wie kulturimperialistischen Denkweisen tendierte. So entstand in der CSR ein Netzwerk von Volkstums- und Heimatforschern, das das universitäre Milieu mit Laienforschern und der Volksbildung verband und das die Wende zu rassenationalistischen Sichtweisen und den Schritt zur aktiven Beteiligung an der NS-Politik überwiegend willig mitmachte bzw. als Chance begriff. Der Anschlussfähigkeit an den NS kam zudem entgegen, dass die Volkskunde im Kontext des ‚Volkstumskampfes zwischen Tschechen und Deutschen? von Anfang an eine anwendungsorientierte Seite gehabt hatte.

Am Beispiel von Bruno Schier und Josef Hanika, zwei der jüngeren Hauptvertreter sudetendeutscher Volkskunde bis 1945, die später zu den Gründungsmitgliedern der Historischen Kommission zählten, zeigte Zückert zunächst die Verbindung historischer Vorstellungen über die Deutschen in den böhmischen Ländern mit volkskundlichen Forschungsansätzen und die Weiterführung solcher Forschungen - im Falle Schiers zunächst

---

in Leipzig, seit 1940 in der Slowakei, bei Hanika in Prag u. a. als Mitglied der Heydrich-Stiftung - im nationalsozialistischen System. Daran knüpfte er die Frage, welche Kontinuitätslinien aus den Kriegsjahren in eine „anwendungsorientierte Volkskunde im Interesse der Vertriebenen“ nach 1945 führten. Volkswundliche Ostforschung hatte nach der Vertreibung ihren Forschungsgegenstand zwar verloren, doch das Sammeln und Konservieren kultureller Zeugnisse sei bereits in der Zwischenkriegszeit gepflegt worden; modernitätsskeptisch ließ sich nicht nur die Situation der Volksgruppe, sondern gesellschaftlicher Wandel generell interpretieren. Vorstellungen eines Kulturgefälles von West nach Ost und einer kulturbringenden Sendung der Deutschen im Osten passten nahtlos in die herrschende Ideologie des Kalten Krieges. Doch gestand Zückert - der für Bruno Schier nur Kontinuität konstatierte - Josef Hanika für die 1950er Jahre auch das Bemühen zu, mit der Integrationsforschung neue Wege zu gehen; der methodische und paradigmatische Wandel sei aber erst der nächsten Generation gelungen.

Den Weg zur Vertriebenenforschung fand nach dem Krieg auch Karl Valentin Müller. Müller war während des Zweiten Weltkrieges ordentlicher Professor für Sozialanthropologie und Volksbiologie an der Deutschen Universität Prag gewesen. Dort hatte er sich mit Fragen der Erbmasse, der Rassenhygiene und der Selektion sozialer Gruppen befasst. Ausgerichtet waren diese Forschungen auf das Ziel der „Umvolkung“ von Tschechen in den böhmischen Ländern aber auch auf die „Behandlung der volkstumpolitischen Verfügungsmasse“ im übrigen Osteuropa. Seine Konzepte sollten der rassenbiologischen Stärkung des deutschen Volkes und zugleich der Stabilisierung der deutschen Herrschaft in den besetzten Ländern Osteuropas dienen. Andreas Wiedemann (Prag, Düsseldorf) konnte in seinem Beitrag überzeugend nachweisen, dass Müller, ab 1946 Leiter eines Instituts für Begabtenforschung in Hannover und ab Mitte der 1950er Jahre Professor für Soziologie und Sozialanthropologie in Nürnberg, bestimmte Grundüberzeugungen beibehielt - so vor allem den Glauben an die natürliche Ungleichwertigkeit von Menschen

und die Notwendigkeit, die Bevölkerungsentwicklung unter dieser Perspektive zu steuern.

Die Tradierung von Paradigmen der Vorkriegs- und NS-Zeit in den Forschungen der Nachkriegszeit, wie sie bei Karl Valentin Müller geradezu überdeutlich waren, fordere, so Wiedemann, zu einem vorsichtigen Umgang mit Begriffen und auch Fächerbezeichnungen auf: So sei aus der Rassenbiologie nach 1945 Anthropologie geworden, ohne dass sich an den Grundannahmen Wesentliches geändert habe. Martin Zückert plädierte indessen dafür, nicht bei der Frage nach der konkreten Verbindung einzelner Wissenschaftler mit dem nationalsozialistischen System stehen zu bleiben. Aussagekräftiger als etwa das exakte Eintrittsdatum in die NSDAP sei die Rekonstruktion der Vorstellungswelten, die seit den 1920er Jahren entstanden waren und sich problemlos in den NS einfügten und deren gedankliche Kontinuität - oder Transformationen - über den Bruch von 1945 verfolgt werden müssten. Das alles freilich nicht, ohne den konkreten Akteuren und ihrem Handeln nachzugehen.

Mit den folgenden Referaten von Esther Neblich (Bayreuth) und Stefan Albrecht (Mainz) zu Heribert Sturm und Helmut Preidel kehrte die Debatte wieder zu weniger glatten Karrieren zurück. Esther Neblich schilderte Heribert Sturm als einen detailversessenen Arbeitsmenschen, der sich in erster Linie der Rettung und Bewahrung „seiner“ Archivbestände verpflichtet gefühlt habe. Dieses Pflichtethos habe ihm, der 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Cheb (Eger) zurückkehrte, auch von sudeten-deutscher Seite Ärger eingebracht. Volksgeschichte habe er schon allein deswegen nicht geschrieben, weil er sich auf das Zusammentragen von Fakten und thematisch auf die Reichspfandschaft des Egerlandes beschränkt habe. Nach der Ausweisung aus der Tschechoslowakei war Sturm bis 1973 im Staatsarchiv Amberg - und weiterhin in dem für ihn typischen Arbeitsstil - tätig.

Der Saazer Archäologe Helmut Preidel erfuhr, wie Stefan Albrecht zeigte, in tschechischen wissenschaftlichen Kreisen eine ganz andere Rezeption als in deutschen. Preidel konnte mit seinen Arbeiten zur Vor- und

Frühgeschichte unter seinen Kollegen schon vor 1938 nicht reüssieren - zwei Anläufe zur Habilitation scheiterten. 1939 wurde er wegen seiner jüdischen Frau zwangspensioniert, erhielt jedoch Unterstützung von Fritz Valjavec, für die er sich nach dem Krieg mit Persilscheinen für diesen, Oberdorffer und andere revanchierte. Doch auch in der Bundesrepublik konnte Preidel beruflich nicht richtig Fuß fassen - das lag an seinen Thesen, doch auch an seiner Position zwischen den Stühlen: Einerseits schadeten ihm seine guten Beziehungen zu NS-Historikern, andererseits war er auch unter diesen nicht voll akzeptiert. In der Tschechoslowakei indessen wurde Preidel wegen der Rezeption und Aufnahme tschechischer Arbeiten in die eigene Forschung geschätzt; er galt als Opfer des Nationalsozialismus und als politisch wie fachlich ‚naiv‘.

Die letzten beiden Referate der Tagung befassten sich dann mit sudetendeutschen Historikern in der Bundesrepublik - wenn auch mit unterschiedlichem Anspruch und diametral entgegengesetzter Perspektive: Während Pavel Kolár (Potsdam) über Erinnerungskonstruktionen ehemaliger Prager deutscher Historiker - und damit über deren Interpretationen der kollektiven wie individuellen „Katastrophe“ von 1945 - sprach, bot Otfried Pustejovsky (Waakirchen-Point) ein Stück Oral history, in dem er das Selbstverständnis der Gründergeneration sudetendeutscher Forschungsstellen im Wesentlichen reproduzierte. Das Sudetendeutsche Archiv - so Pustejovsky - habe der Sudetendeutschen Landsmannschaft als „wissenschaftliches Mäntelchen“ gedient. Es sei dem Archiv unter der Leitung von Helmut Kuhn aber gelungen, landsmannschaftliche Interessen und Versuche der Einflussnahme aus seiner Tätigkeit herauszuhalten. Das Archiv habe sich intensiv mit der Situation in der Tschechoslowakei - mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen - befasst und auch viele, gerade historische Arbeiten aus dem Tschechischen übersetzt und so dem deutschen Publikum zugänglich gemacht. Ab und an hätten sich „Rechtfertigungsarbeiten“ gegenüber der Volksgruppe - wie die Publikation von Dissertationen hoch stehender Politiker - allerdings nicht vermeiden lassen.

Manfred Alexander (Erfstadt-Liblar) mo-

nierte, dass man die Geschichte des Sudetendeutschen Archivs nicht schreiben könne, ohne über dessen Trägerverein zu sprechen. Robert Luft vermisste die Frage nach der Motivation der zeitgeschichtlichen Dokumentationen, die das Archiv herausgab. Er warf die Frage auf, ob es sich hier nicht doch um Gegenforschung aus sudetendeutscher Perspektive im Kontext des Kalten Krieges gehandelt habe. Dem stimmte auch Rudolf Jaworski zu, der meinte, dass gerade Kuhns Konzentration auf die Geschichte der KPTsch kein privates Hobby sondern vielmehr Feindbeobachtung par excellence gewesen sei.

Für die Diskussion des Beitrages von Pavel Kolár blieb dann keine Zeit mehr. Das ist umso bedauerlicher, als Kolárs Thesen die Möglichkeit geboten hätten, vom Individualbiographischen weg zum Selbstverständnis der Gründergeneration der Historischen Kommission der Sudetenländer, ihrer Deutung der eigenen Tätigkeit während der Kriegsjahre und ihrem Traditionsverständnis wie nicht zuletzt zu ihrer Verortung im Gesamtbild der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 zu gelangen.

In Anlehnung an die Typologie von Martin Kohli präsentierte Kolár verschiedene Typen der Lebenserzählung deutscher, aus der Tschechoslowakei vertriebener Historiker. Diese folgten zwar mehr oder minder den biographischen Sinnkonstruktionen (reichs-)deutscher NS-Wissenschaftler, unterschieden sich aber durch die intensivere Kontingenzerfahrung sowie die Spannung zwischen der eigenen und der Geschichte der Aufnahmegesellschaft von diesen. Zentrale Aufgabe sei die Kontinuitätssicherung in Bezug auf die Lebensgeschichte wie das eigene wissenschaftliche Werk gewesen. Letztere habe vor allem in der Behauptung der „Objektivität“ und „Unparteilichkeit“ der fachlichen Arbeit gelegen. Die Überzeugung, der geistige Gehalt, der Kern des eigenen wissenschaftlichen Werkes sei von all den äußeren Faktoren - vor allem dem Nationalsozialismus - unbeeinträchtigt geblieben, konnte selbst dann bestehen, wenn, wie im Falle Theodor Mayers, ein Einfluss auf die Richtung des eigenen Forschens eingeräumt wurde. Nur so lasse es sich erklären, dass das Jahr 1945 keine Veränderung des sudetendeutschen Geschichtsdis-

---

kurses mit sich gebracht habe. Welche konkreten Folgen die Konstruktion von Werkkontinuität und Wertneutralisierung in der Selbstdedeutung sudetendeutscher Historiker für deren wissenschaftliches Arbeiten gehabt hätten, müsse aber noch untersucht werden.

In der Schlussdiskussion ging es erneut um die Frage, auf welchen Untersuchungsgegenstand sich die Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte der Historischen Kommission eigentlich konzentrieren sollte. Martin Zückert forderte, Wissenschaftskontexte und Netzwerke stärker in den Blick zu nehmen und die Frage nach den Trends der Zeit und den wechselseitigen Beeinflussungen zu stellen. Tatjana Tönsmeier (Berlin) formulierte das aktiver: Leitwissenschaft liege nicht in der Luft; es gelte zu rekonstruieren, wer prägend wirkte und die dominanten Interpretationen vorgelegt habe. Jiri Pešek (Prag) plädierte indessen dafür, die historiographischen Texte selbst stärker in den Blick zu nehmen und nicht nur im Kontext der Biographien zu diskutieren.

Ein gewisses Defizit der insgesamt sehr gelungenen Tagung war es, dass zu wenige der Referate die Vor- und Nachkriegszeit gleichermaßen substanziell in den Blick nahmen. Daher konnte die Frage nach den Kontinuitäten, Transformationen und Brüchen für manche der vorgestellten Protagonisten der Gründergeneration der Kommission tatsächlich nur auf der biographischen Ebene, also anhand der meist nahtlos fortgesetzten Berufskarrieren, beantwortet werden. Kolárs Forderung, den Spuren des Selbstverständnisses, das individuell wie kollektiv im sudetendeutschen geisteswissenschaftlichen Milieu in der jungen Bundesrepublik gepflegt wurde, in den wissenschaftlichen Werken nachzugehen, brachte also eine wichtige Forschungsaufgabe auf den Punkt.

Der von Bedrich Loewenstein (Berlin) vorgeschlagene Schritt hin zu einer integrierten Perspektive auf die Entwicklung der tschechischen wie der deutschen Geschichtswissenschaft ist das Ziel einer Tagung des Collegium Carolinum im November 2004. Bei diesem zweiten Teil einer Doppeltagung zur Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern werden - spiegelbildlich zum biographischen Ansatz der Brünner Konferenz -

die Themenfelder und Institutionen historischer Forschung seit 1945 untersucht werden. Nimmt man die Tagung der Kommission und die beiden Veranstaltungen des Collegium Carolinum zusammen, ist zumindest ein Anfang gemacht in der Auseinandersetzung mit der - im weitesten Sinne - deutschen Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert, die auf die Impulse aus der Debatte um die deutschen Historiker im Nationalsozialismus sowie über die Kontinuitäten dieser Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit kaum reagiert hat.

Tagungsbericht *Die „sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918-1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer*. 01.10.2004–02.10.2004, Brno, in: H-Soz-Kult 15.11.2004.